

NRZ_08-02-28_ Armut_auf_dem_Stundenplan

Schule - Armut auf dem Stundenplan

NRZ, 28.02.2008, Jan Jessen

Essen. Obwohl es in Deutschland kein Schulgeld gibt, ist Schule teuer: Klassenfahrten, Bücher, Hefte, Stifte - Bildung ist für viele Familien ein gewaltiger Kostenfaktor. Immer mehr Eltern sind damit überfordert.

Diese Situationen sind Bernd Rütten immer noch unangenehm: Eltern, die verschämt um die Stundung oder eine finanzielle Hilfe bitten, damit ihr Kind an einer Klassenfahrt teilnehmen kann. In solchen Fällen ist der Rektor einer Hauptschule in der ländlichen 10.000-Seelen-Gemeinde Kranenburg stets froh, dass er einen Förderverein hat, der zumindest einen kleinen Anteil übernehmen kann, 50 Euro vielleicht, damit kein Kind zu Hause bleiben muss. In den vergangenen Jahren nimmt das zu. „Es gibt immer mehr, die Probleme haben zu zahlen“, sagt Rütten. Mehr als 250 Euro dürfen die Fahrten an seiner Schule deshalb nicht mehr kosten.

Kollegen an großstädtischen Schulen wären froh, würden sich derlei finanzielle Engpässe von Eltern auf Klassenfahrten beschränken: Vielerorts bestimmt Armut den Schulalltag.

Bildung soll in Deutschland alles andere als umsonst, sehr wohl aber kostenlos sein. Deswegen zahlen Eltern hierzulande keine Gebühren, wenn ihre Kinder eine staatliche Schule besuchen. Zuletzt wurde Ende der 1950er Jahre das Schulgeld fürs Gymnasium abgeschafft, der Chancengleichheit wegen. Trotzdem müssen Eltern für den Schulbesuch ihrer Kinder teils beträchtliche Ausgaben schultern. Durchschnittlich, so hat es das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie ausgerechnet, fallen im Jahr bundesweit Kosten zwischen 700 und 800 Euro pro Kind an; etwa für Bücher, Stifte, Hefte, Mittagessen oder den großen Posten Klassenfahrten.

Es scheint, als falle es zunehmend mehr Eltern schwer, diese Kosten zu stemmen. „Wir spüren die Tendenz zu einer gesellschaftlichen Spaltung zwischen Arm und Reich auch in den Schulen“, sagt Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW. Hauptursache dafür sei ein Webfehler in der Hartz IV-Gesetzgebung. Pro Kind seien in den Regelsätzen monatlich nur 1,69 Euro für Schulmaterialien einkalkuliert.

Viel zu wenig - laut Bundeselternrat fallen allein für die Erstausrüstung eines Grundschulkindes 126,16 Euro an, allerdings ohne Tornister oder Schultüte. Meyer-Lauber fordert deshalb, Schulanfänger mit einem „Starterset“ mit den nötigsten Materialien auszustatten. Allerdings: Etliche Eltern bräuchten auch den Eigenanteil für Schulbücher nicht auf, der in Nordrhein-Westfalen derzeit je nach Schulform zwischen 17,64 und 38,22 Euro liegt.

Mangelverwaltung in der Schule

Das war in der Hauptschule an der Bischoffstraße in Altenessen im vergangenen Schuljahr ein großes Problem, erzählt Schulleiterin Renate Nilewski. Zig Kinder

hatten bis zum Ende des Schuljahres keine Bücher, der Unterricht litt darunter. Die Situation hat sich in diesem Schuljahr etwas verbessert, seit die Stadt Essen in die Trickkiste gegriffen hat. Eigentlich darf sie, weil sie wie viele andere Städte im Land in der Haushaltssicherung ist, keine Zuschüsse zum Eigenanteil der Eltern geben; deswegen hat man den Schulen Geld gegeben, um Bücher anzuschaffen, die an die Kinder verliehen werden können.

Trotzdem: An der Altenessener Schule, wo die Hälfte der 270 Kinder aus einer Hartz IV-Familie kommt, „verwalten wir den Mangel“, so die Schulleiterin. Ausgaben werden auf das Nötigste beschränkt, Klassenfahrten meist auf Tagesausflüge reduziert.

Elternrat fordert kostenloses Mittagessen für alle Kinder

Klar ist für Nilewski aber auch: Es liegt nicht allein an der finanziellen Situation von Eltern, wenn Kinder ohne Radiergummis, Stifte und Hefte im Unterricht sitzen. „Es gibt eben Leute, die ihr Geld anders verwenden“, sagt sie diplomatisch. Deswegen hält sie nichts von der Aufstockung staatlicher Hilfen für Eltern. Stattdessen „müsste den Schulen mehr Geld zur Verfügung stehen“, um Kinder vernünftig ausstatten zu können.

Mehr Geld - das soll die Landesregierung nach Ansicht von Elternvertretern für die Verpflegung von Kindern ausgeben. Angesichts des rasanten Ausbaus des Ganztagsbetriebs an Grund- und Hauptschulen „muss es kostenloses Mittagessen für alle Schüler geben“, fordert Anette Plümpe, Vorsitzende des Landeselternrates. Das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“, mit dem 65 000 bedürftige Kinder mit einem Euro pro Mittagessen unterstützt werden sollen, sei zwar ein guter Anfang, aber bei weitem nicht ausreichend. „Wo gute Bildung gefragt ist, wird es teuer.“ Auch in einem Land, in dem Bildung eigentlich kostenlos sein soll.

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nrz/2008/2/28/news-26959724/detail.html>